

Von Athen bis Berlin:

# Widerstand

gegen

# Krise

und

# Kapitalismus



## Aktionswoche gegen Politik für Banken und Konzerne

- ★ Demonstration zur UN-Klimakonferenz am 5. Juni in Bonn
- ★ bundesweiter Bildungsstreik am 9. Juni • Infos unter [www.bildungsstreik.net](http://www.bildungsstreik.net)
- ★ bundesweite Demonstrationen am 12. Juni 2010 in Berlin und Stuttgart

- ★ Vermögenssteuer statt Kopfpauschale und kommunalen Kürzungen
- ★ 30-Stundenwoche bei vollem Lohn- und Personalausgleich statt Entlassungen und Billigjobs
- ★ Kostenlose Bildung von der Kita bis zur Uni statt Gebühren und Privatisierungen
- ★ Verstaatlichung aller Banken unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung



# SAV Sozialistische Alternative

[www.sozialismus.info](http://www.sozialismus.info)

Infos unter: ☎ 030 -24 72 38 02 ✉ [info@sav-online.de](mailto:info@sav-online.de) • v.i.S.d.P: H. Dröge c/o SAV • Littenstraße 106/107 • 10179 Berlin

# Wir zahlen nicht für diese Krise

500 Milliarden Euro mobilisierte die Bundesregierung als um die Rettung der Bankbesitzer ging. Jetzt sollen Beschäftigten, Erwerbslose, Jugendliche und RentnerInnen die Rechnung dafür begleichen. Mit Kopfpauschale, Verschärfter Hetze gegen Arbeitslose und Entlassungen sollen wir einen Beitrag dazu leisten, Staatsfinanzen und Unternehmensprofite zu sanieren. Gleichzeitig sollen wir weiter die Bildungsmisere ertragen.

Aber etwas verschweigen Regierung und Unternehmer gern: Deutschland ist ein Land mit vielen reichen Menschen. Über 800.000 Dollar-Millionäre und sogar 54 Milliardäre leben in der Bundesrepublik. Die reichsten zehn Prozent besitzen 60 Prozent allen Vermögens. Auch in dieser Krise verdienen die Banken prächtig: Allein die Deutsche Bank verdiente dieses Jahr bereits 2,8 Milliarden Euro. An diese von der arbeitenden Bevölkerung finanzierten Faulheit der Reichen wollen wir ran.

## Gemeinsamer Widerstand

Aber dafür müssen wir kämpfen. Die Kapitalisten werden nicht freiwillig auf ihre Profite verzichten. Um die Interessen von Beschäftigten, Erwerbslosen, Jugendlichen und RentnerInnen gegen die Besitzer der Banken und Konzerne zu verteidigen, ist ein gemeinsamer Kampf aller Betroffenen für eine grundlegend andere Politik nötig.

Der bundesweite Bildungsstreik und die Demonstrationen vom Bündnis „Wir zahlen nicht für eure Krise“ am 12. Juni sind eine Möglichkeit aus verschiedenen Bereichen zusammenzukommen. Die SAV setzt sich in der Partei DIE LINKE, ihrem Jugendverband Linksjugend [solid] und den Gewerkschaften dafür ein, dass massenhaft zu diesen Protesten mobilisiert wird. Erfolgreiche Proteste am 12. Juni gegen die Politik die Kosten der Krise auf unseren Rücken abzuwälzen wären ein wichtiger Schritt zu dem, was notwendig wäre, um den Kampf gegen die Angriffe aus unserem Lebensstandard weiter zu führen: Ein von den Gewerkschaften organisierter, eintägiger Generalstreik als Schritt zu weiteren Protesten.

## Sozialistische Alternative

Alle Erfahrung zeigt: Immer wieder versuchen die Kapitalisten unseren Lebensstandard zu beschränken, um ihre Profite zu steigern. Deshalb gilt es, den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. In einer sozialistischen Demokratie kann für die Bedürfnisse der Menschen und im Einklang mit der Umwelt statt für die Gewinne einiger weniger Kapitalbesitzer gewirtschaftet werden. Sozialismus hat nichts zu tun mit der Diktatur der Konzerne heute, aber auch nicht mit der Herrschaft einer abgehobenen Bürokratie wie in der DDR. Auf allen Ebenen muss es jederzeitige Wähl- und Abwählbarkeit geben. Gewählte VertreterInnen dürfen nicht mehr verdienen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

Die SAV ist aktiv in der LINKEN und Linksjugend [solid] und kämpft dort für einen kämpferischen, sozialistischen Kurs – der den Herrschenden und Regierenden den Kampf ansagt.

## SAV vor Ort

**Aachen** ☎ 0241 – 5600 88 13  
**Berlin** ☎ 030 – 440 84 29  
**Bremen** ☎ 0176 – 320 50 301  
**Bremerhaven** ☎ 0176 – 75004118  
**Dortmund** ☎ 0177 – 650 85 79  
**Dresden** ☎ 0351 – 310 7391  
**Essen** ☎ 0201 – 56 33 168  
**Frankfurt/M** ☎ 0172 – 617 89 26  
**Hamburg** ☎ 0176 – 513 95 025  
**Kassel** ☎ 0178 – 66 544 11  
**Köln** ☎ 0221 – 933 78 45  
**Leipzig** leipzig@sav-online.de  
**München** ☎ 01520 – 416 05 91  
**Rostock** ☎ 0381 – 499 65 90  
**Stuttgart** stuttgart@sav-online.de  
**Tübingen** tuebingen@sav-online.de

### weitere Orte:

**Bamberg, Bielefeld, Celle, Cuxhaven, Dachau, Freiburg, Göttingen, Halle, Hannover, Husum, Jena, Karlsruhe, Konstanz, Marburg, Mannheim, Neumarkt, Neustadt, Nürnberg, Pforzheim, Saarbrücken, Schönau, Siegen, Telgte, Trier, Würzburg, Wuppertal**

☎ **030 – 247 238 02**

**info@sav-online.de**

**www.sozialismus.info**

## Programm der SAV zur Sicherung von Arbeitsplätzen, Einkommen und sozialen Leistungen

- ★ Sofortige Einführung eines Mindestlohns von zehn Euro pro Stunde als erster Schritt zu einem Mindestlohn von zwölf Euro pro Stunde
- ★ Garantierte Mindestsicherung für Erwerbslose und Arbeitsunfähige und Mindestrente von 750 Euro plus Warmmiete – ohne Bedürftigkeitsprüfung, Schikanen und Durchleuchtung
- ★ Kostenlose Bildung von der KiTa bis zur Uni – freie Wahl von Studien- oder Ausbildungsplatz
- ★ Als Alternative zu BA/MA und Turbo-Abitur: Demokratische Neugestaltung der Lehrpläne, Bildungsdauer, Prüfungs- und Studienordnungen durch Lernende, Lehrende und VertreterInnen der Gewerkschaften
- ★ Statt Entlassungen, Billigjobs und Massenarbeitslosigkeit: Einführung der 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich. Verteilung der vorhandenen sinnvollen Arbeit auf alle Arbeitsfähigen. Erhalt aller Arbeitsplätze und aller Werke. Überführung von Betrieben, die Entlassungen oder Schließung androhen in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung
- ★ Vermögenssteuer von zehn Prozent ab einer Million Euro und 80 Prozent Spitzensteuersatz ab 500.000 Euro Jahreseinkommen. Damit Finanzierung eines öffentlichen Investitionsprogramm zur Schaffung von einer Million Arbeitsplätzen jährlich in den Bereichen Bildung, Umwelt, Gesundheit und Soziales
- ★ Verstaatlichung der Banken und Großkonzerne bei Kontrolle und Verwaltung durch die arbeitende Bevölkerung. Nutzen dieser Ressourcen zur Lenkung der Wirtschaft im Interesse der Menschen und der Anforderungen der Umwelt. Entschädigung nur für Kleinaktionäre.